



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

Brüssel, den 22. Dezember 2006

17082/06

ECOFIN 484

VERMERK

des: Vorsitzes

vom: 21. Dezember 2006

Betr.: ECOFIN-Programm für die deutsche EU-Präsidentschaft 2007

Die Delegationen erhalten hiermit das ECOFIN-Programm für die deutsche EU-Präsidentschaft 2007 (Anlage I) und den Entwurf für Tagesordnungen des ECOFIN-Rates (Anlage II).

Anlage

ECOFIN-Programm für die deutsche EU-Präsidentschaft 2007

In seiner Verantwortung im Vorsitz des Rats (ECOFIN) im ersten Halbjahr 2007 wird Deutschland den Rahmen für eine reibungslose Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik in der erweiterten Europäischen Union sicherstellen. Zudem will der deutsche Vorsitz dazu beitragen, die wirtschaftliche Dynamik und die Vorteile des Europäischen Binnenmarktes im Hinblick auf die anstehenden Herausforderungen im Zuge der Globalisierung und des demografischen Wandels weiter zu stärken.

Hierzu wird Deutschland zusammen mit seinen Partnerländern Portugal und Slowenien, die im Vorsitz des ECOFIN im zweiten Halbjahr 2007 und ersten Halbjahr 2008 folgen, die drei folgenden Kernanliegen für die Arbeiten im Rat der kommenden 18 Monate in den Mittelpunkt rücken:

1. Die Gewährleistung effektiver und effizienter Verfahren der finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierung.
2. Weitere Fortschritte zur Vollendung des Binnenmarkts, insbesondere bei Finanzdienstleistungen und Steuern.
3. Verbesserungen in der Qualität der öffentlichen Finanzen in der EU.

Im Einklang mit diesen Zielen sind im ECOFIN-Programm für die deutsche EU-Präsidentschaft 2007 in den nachfolgenden Kapiteln die näheren Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (Kapitel I), für eine Finanz- und Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung (Kapitel II), für Fortschritte für einen integrierten Markt für Finanzdienstleistungen (Kapitel III) sowie für eine Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen und die Bekämpfung des Steuerbetrugs im Europäischen Binnenmarkt (Kapitel IV) benannt.

I. Weiterentwicklung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Erweiterung der Eurozone

Zu Beginn 2007 wird Slowenien den Euro einführen. Der Rat wird die Umsetzung aller entsprechenden Vorkehrungen für die reibungslose Einführung der Gemeinschaftswährung begleiten.

Weitere Mitgliedstaaten könnten einen Antrag auf Teilnahme am Europäischen Wechselkursmechanismus (WKM II) stellen, während andere Mitgliedstaaten die Voraussetzungen für die Annahme des Euro erfüllen könnten. Die deutsche Präsidentschaft wird alle Mitgliedstaaten in ihren umfassenden Vorbereitungen zur Annahme des Euro eingehend unterstützen. Insbesondere wird sie sicherstellen, dass eine sorgfältige und rasche Prüfung etwaiger Anträge auf WKM-II-Mitgliedschaft sowie von Konvergenzberichten von Kommission und EZB auf Grundlage der im EG-Vertrag festgelegten Kriterien erfolgt, einschließlich der Beurteilung stabiler makroökonomischer Entwicklungen und eines hohen Maßes an nachhaltiger Konvergenz.

Für eine zielgerechte Finanz- und Wirtschaftspolitik in der EU

Die vergrößerte EU braucht schlanke und zielgerichtete Verfahren für eine effiziente finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung, die zudem für die Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar sein sollten. Die deutsche Präsidentschaft wird in diesem Zusammenhang nachstehende Ansatzpunkte verfolgen:

- Die haushaltspolitischen Koordinierungsverfahren sollen effizient und effektiv angewendet werden. Die Überprüfung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme soll in einem vereinfachten Verfahren stattfinden, indem mehrere Programme im Paket erörtert und dabei Besonderheiten herausgestellt werden. Straffere Abläufe erhöhen die Vergleichbarkeit der Programme und gewährleisten eine fristgerechte Befassung des Rats.
- Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist sowohl in den laufenden Defizitverfahren als auch im präventiven Bereich ökonomisch sinnvoll anzuwenden. Ein erhöhtes Augenmerk wird auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten gelegt. Der Rat wird sich hierbei auf den von der Kommission vorgelegten Nachhaltigkeitsbericht sowie den hierauf fußenden Ratsschlussfolgerungen stützen.

- Eine effektive Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitiken im Einklang mit den zu aktualisierenden Grundzügen der Wirtschaftspolitik verbessert die Voraussetzungen für stabile wirtschaftliche Entwicklungen in allen Mitgliedstaaten und für ein hohes Maß an Kohärenz in der Wirtschafts- und Währungsunion. Länderspezifische Empfehlungen sind darauf auszurichten, die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit in den Mitgliedstaaten zu stärken. Der Erfolg von Strukturreformen hängt nicht zuletzt von einer günstigen Abfolge und einer Abstimmung mit der allgemeinen Ausrichtung der makroökonomischen Politiken ab.

II. Finanz- und Wirtschaftspolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung

Die Globalisierung und der demografische Wandel erfordern umfassende Modernisierungsmaßnahmen und Reformen auf europäischer wie auf nationaler Ebene. Ziel ist es, das Wachstum, die Beschäftigung und den Wohlstand in Europa dauerhaft zu sichern. Damit wird auch die Grundlage gefestigt für das europäische Modell von Chancengleichheit durch Teilhabe aller an Bildung, Gesundheitsfürsorge und sozialer Absicherung.

In diesem Zusammenhang wird die deutsche Präsidentschaft bestimmte ECOFIN-Schwerpunkte für den Frühjahrsgipfel in einem **Kernpunktepapier** ausarbeiten:

- Über eine verbesserte **Qualität der öffentlichen Finanzen** durch eine zukunftsorientierte Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte zu Gunsten von produktivitäts- und innovationsfördernden Ausgaben können wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung gesetzt werden. Dies gilt gleichermaßen für die Haushalte der Mitgliedstaaten wie auch für die europäische Ebene. Die für 2009 vorgesehene Überprüfung des EU-Haushalts soll sich an diesem Grundsatz orientieren. Die deutsche Präsidentschaft wird den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten intensivieren, um Ansatzpunkte für Verbesserungen zu diskutieren. Im Vordergrund steht hier vor allem die Frage nach einer effizienten Mittelverwendung.

- Die vertiefte **Integration der Finanzmärkte** wird die Investitionsbedingungen in der EU weiter verbessern und grenzüberschreitende Aktivitäten erleichtern. Nach der Umsetzung des Aktionsplans Finanzdienstleistungen sollen sich die nächsten Schritte auf Vereinfachungen und Straffungen des Gemeinschaftsrechts, die weitere Konvergenz im Finanzaufsichtshandeln sowie einen einheitlichen Zahlungsverkehrsraum in der EU konzentrieren.
- Das Thema **Bessere Rechtsetzung** spielt für die deutsche Präsidentschaft im Allgemeinen eine besondere Rolle. Durch die Überprüfung neuer Regeln vor deren Einführung sowie die Vereinfachung existierender Regeln sowohl auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene sollen die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln verbessert werden. Dabei wird es insbesondere auch um Fragen der Messung administrativer Kosten gehen.
- **Bei der Unternehmensbesteuerung** sollen die Anstrengungen fortgesetzt werden, um Fortschritte in der Frage einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage zu erzielen. Dies dient der Transparenz und der Vereinfachung und erleichtert den Unternehmen das Wirtschaften im Binnenmarkt.
- Die deutsche Präsidentschaft wird sich zudem dafür einsetzen, dass die **Rahmenbedingungen für Innovation und Unternehmertum** weiter verbessert werden. Zu diesem Zweck sollen Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen des Privatsektors mobilisiert sowie der Wissenstransfer zwischen Universitäten, öffentlichen Forschungseinrichtungen und der Industrie erleichtert werden.

III. Fortschritte für einen integrierten Markt für Finanzdienstleistungen

Zu den Prioritäten der deutschen Präsidentschaft gehört die nachhaltige Weiterentwicklung der EU-Strategie zur Schaffung eines integrierten europäischen Marktes für Finanzdienstleistungen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen von wettbewerbsfähigen Finanzdienstleistungen im persönlichen Alltag profitieren können. Zu diesem Zweck wird die deutsche Präsidentschaft die laufenden Arbeiten in den Ratsarbeitsgruppen fortführen und insbesondere auch die Maßnahmen für einen EU-einheitlichen leistungsstarken Zahlungsverkehrsraum voranbringen.

Die deutsche Präsidentschaft verfolgt zudem die eingeschlagene Strategie der *Besseren Rechtsetzung* konsequent weiter und strebt dabei eine eingehende Bewertung der bisherigen Integrationsschritte an. Auf mittlere Sicht geht es darum, den regulatorischen Rahmen durch Straffungen und Vereinfachungen zu verbessern. Deutschland hält dabei insbesondere Ansätze für geeignet, die auf den gewachsenen Marktstrukturen aufbauen und sich zur Weiterentwicklung die Marktkräfte zunutze machen. Beispielhaft für diese Herangehensweise ist der Verhaltenskodex für Verrechnungs- und Abwicklungsdienstleistungen im Wertpapierbereich, der im zweiten Halbjahr 2006 mit der Finanzindustrie abgestimmt worden ist.

Weiterhin gilt es, die Herausbildung europäischer Strukturen in der Finanzmarktaufsicht zu unterstützen. Die Vielzahl von Finanzmarktaufsichtsbehörden in der Europäischen Union und ihre unzureichende Vernetzung stellen ein Integrationshindernis dar. Die deutsche Präsidentschaft wird aus diesem Grund den begonnenen evolutionären Ansatz zur Herstellung europäischer Strukturen in der Finanzmarktaufsicht und zur Stärkung der Konvergenz im Aufsichtshandeln in Europa fortsetzen. Der für Anfang 2007 angekündigte zweite Zwischenbericht der Interinstitutionellen Überwachungsgruppe zum *Lamfalussy-Prozess* kann hierfür wertvolle Ansatzpunkte liefern. Während des deutschen Vorsitzes werden zudem die Arbeiten für eine verbesserte Aufsicht beim Erwerb bedeutender Beteiligungen an Finanzinstituten fortgeführt.

Im Hinblick auf Finanzmarktstabilität wird sich die deutsche Präsidentschaft für mehr Transparenz bei *Hedgefonds* einsetzen und hierzu grundlegende Arbeiten auf europäischer Ebene voranbringen. Darüber hinaus wird sie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Solidität europäischer Versicherungsunternehmen sowie der Interessen der Versicherungsnehmer die Europäische Kommission in ihren Bemühungen unterstützen, bei der Erarbeitung eines Vorschlags für eine Rahmenrichtlinie *Solvency II* tragfähige Kompromisse zu erreichen.

IV. Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen und Bekämpfung des Steuerbetrugs im Europäischen Binnenmarkt

1. Fortschritte für eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage bei Körperschaftsteuern

Die deutsche Präsidentschaft will dazu beitragen, dass der Binnenmarkt bei offenem und fairem Wettbewerb noch reibungsloser funktionieren kann und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden. Aus diesem Blickwinkel sollen auch die Arbeiten im Bereich Steuern vorangebracht werden mit dem Ziel, Vereinfachungen und mehr Transparenz zu erreichen sowie die Verwaltungs- und Umsetzungskosten zu verringern, ohne dabei die Steuereinnahmen zu gefährden.

Aus diesem Grund gilt es insbesondere, Fortschritte für eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer zu erzielen. Alle Mitgliedstaaten ermitteln gegenwärtig diese Bemessungsgrundlage nach unterschiedlichen Methoden. Eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage kann durch niedrigere Befolgungskosten für europäische Unternehmen und erleichterte grenzüberschreitende Tätigkeit die Vorteile des Binnenmarktes vergrößern und die Wettbewerbsfähigkeit der EU gegenüber Drittstaaten stärken. Die deutsche Präsidentschaft wird sich daher dafür einsetzen, dass die derzeit laufenden technischen Arbeiten der Arbeitsgruppen bei der Europäischen Kommission vorangebracht werden.

2. Modernisierung und Vereinfachung sowie Betrugsbekämpfung bei Mehrwertsteuern

Im Bereich der Mehrwertsteuerharmonisierung wird die deutsche Präsidentschaft die zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission vereinbarte Strategie zur Modernisierung, Vereinfachung und einheitlicheren Anwendung der 6. EG-Richtlinie sowie zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fortführen.

Die Betrugsbekämpfung ist ein wichtiges Ziel der Präsidentschaft. In diesem Zusammenhang wird Deutschland darauf achten, dass die vorgesehenen Erleichterungen und Vereinfachungen für die Wirtschaft nicht zu Lasten der Betrugsbekämpfung gehen. Es soll eine sinnvolle Balance zwischen den Interessen der Wirtschaft und einer zuverlässigen Steuererhebung im Interesse der steuererhlichen Unternehmer gewahrt bleiben. Zur Betrugsbekämpfung werden auch die Initiativen für eine Umsetzung des so genannten *Reverse-Charge-Modells* auf EU-Ebene weiter verfolgt.

3. Vereinfachungen bei Verbrauchsteuern

Die deutsche Präsidentschaft strebt an, die Bestimmungen über den Verkehr verbrauchsteuerpflichtiger Waren im EU-Binnenmarkt zu vereinfachen und zu modernisieren und damit auch einen Beitrag zur Betrugsbekämpfung zu leisten. Dazu wird sie die Arbeiten zur vorgesehenen Novellierung der Verbrauchsteuer-Systemrichtlinie voranbringen. Während des deutschen Vorsitzes werden ferner die Beratungen zu einem angekündigten Richtlinienentwurf aufgenommen, der für eine weitere Harmonisierung der Energiesteuern die Einführung von Sonderregelungen bei gewerblich genutztem Dieselmotorkraftstoff zum Gegenstand hat.

**Entwurf für Tagesordnungen des ECOFIN-Rates
unter deutscher Präsidentschaft**

ECOFIN-Rat
– **Brüssel** –
30. Januar 2007

- Arbeitsprogramm des Vorsitzes
 - = *Vorstellung*

- (ggf.) Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts
 - a) Verfahren bei einem übermäßigen Defizit

- Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (8. und 9. März 2007)
 - a) Eckpunktepapier
 - = *Orientierungsaussprache*
 - b) Lissabon-Strategie: Fortschrittsbericht der Kommission
 - = *Orientierungsaussprache*
 - c) Aktualisierung Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2005–2008 (inkl. länderspezifischer Empfehlungen)
 - = *Orientierungsaussprache*
 - d) Abbau von Bürokratiekosten: Berichte der Kommission
 - = *Orientierungsaussprache*

- Konvergenzberichte von Kommission und Europäischer Zentralbank
 - = *Vorstellung*

- Finanzmarkt
 - a) Clearing und Abrechnung
 - = *Information der Europäischen Zentralbank über Target2-Securities*

- Erweiterung des Euro-Währungsgebiets
 - a) Sachstand hinsichtlich des Übergangs in Slowenien zum Euro: Bericht der Kommission
 - = *Vorstellung*

- Sonstiges

ECOFIN-Rat
– **Brüssel** –
27. Februar 2007

- Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts
 - a) Stabilitätsprogramme (erste Gruppe von Mitgliedstaaten)
= *Annahme von Stellungnahmen des Rates*
 - b) Konvergenzprogramme (erste Gruppe von Mitgliedstaaten)
= *Annahme von Stellungnahmen des Rates*
 - c) (ggf.) Verfahren bei einem übermäßigen Defizit

- Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (8. und 9. März 2007)
 - a) Eckpunktepapier
= *Annahme*
 - b) Aktualisierung Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2005–2008
(inkl. länderspezifischer Empfehlungen)
= *Finalisierung des Entwurfs*
 - c) Abbau von Bürokratiekosten
= *Annahme von Schlussfolgerungen des Rates*

- Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union
 - a) Verfahren zur Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans
für das Haushaltsjahr 2005
= *Empfehlung des Rates*

- Finanzmarkt
 - a) Clearing und Abrechnung
= *Bericht der Kommission zum Verfahren der Überwachung und der Umsetzung des Verhaltenskodexes*
 - b) (ggf.) Richtlinie über Zahlungsdienste im Binnenmarkt
= *Allgemeine Ausrichtung*

- Sonstiges

ECOFIN-Rat

– **Brüssel** –

27. März 2007

- Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts
 - a) Stabilitätsprogramme (zweite Gruppe von Mitgliedstaaten)
= *Annahme von Stellungnahmen des Rates*
 - b) Konvergenzprogramme (zweite Gruppe von Mitgliedstaaten)
= *Annahme von Stellungnahmen des Rates*
 - c) (ggf.) Verfahren bei einem übermäßigen Defizit

- Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2005–2008
(inkl. länderspezifischer Empfehlungen)
 - a) Aktualisierung der Grundzüge
= *Verabschiedung von Ratsempfehlungen*

- Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union
 - a) Prioritäten des Rates für den Haushaltsplan 2008
= *Annahme von Schlussfolgerungen des Rates*

- (ggf.) Finanzmarkt
 - a) Richtlinie über die aufsichtsrechtliche Beurteilung des Erwerbs im Finanzsektor
(Änderung der Richtlinien 92/49/EWG, 2002/83/EG, 2004/39/EG, 2005/68/EG und 2006/48/EG)
= *Politische Einigung*

- Steuern
 - a) Mitteilungen der Kommission zu direkten Steuern
= *Annahme von Schlussfolgerungen des Rates*
 - b) Mitteilung der Kommission über die Tätigkeit des Gemeinsamen
EU-Verrechnungspreisforums
= *Annahme von Schlussfolgerungen des Rates*
 - c) (ggf.) Bekämpfung des Steuerbetrugs
= *Orientierungsaussprache*

- Sonstiges

ECOFIN-Rat

– **Brüssel** –

8. Mai 2007

- (ggf.) Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts
 - = *Verfahren bei einem übermäßigen Defizit*

- Vorentwurf des allgemeinen Haushaltsplans 2008¹
 - = *Vorstellung durch die Kommission*

- Finanzmarkt
 - a) „Lamfalussy-Prozess“
 - = *Orientierungsaussprache und (ggf.) Annahme von Schlussfolgerungen des Rates*
 - b) Weißbuch Asset Management
 - = *Annahme von Schlussfolgerungen des Rates*
 - c) „Bessere Rechtsetzung“ und Bewertung der bisherigen Integrationsschritte
 - = *Orientierungsaussprache und (ggf.) Annahme von Schlussfolgerungen des Rates*
 - d) Einlagensicherungssysteme: Mitteilung der Kommission
 - = *Annahme von Schlussfolgerungen des Rates*
 - e) Hedge Fonds
 - = *Annahme von Schlussfolgerungen des Rates*

- Sonstiges

¹ Gemäß Art. 19 (6) der Geschäftsordnung des Rates übernimmt Portugal für dieses Thema den Vorsitz.

ECOFIN-Rat
– **Luxemburg** –
5. Juni 2007

- (ggf.) Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts
 - = *Verfahren bei einem übermäßigen Defizit*

- Qualität der öffentlichen Finanzen
 - = *Annahme von Schlussfolgerungen des Rates*

- (ggf.) Konvergenzberichte von Kommission und Europäischer Zentralbank
 - = *Vorstellung*

- Steuern
 - a) Bekämpfung des Steuerbetrugs
 - = *Annahme von Schlussfolgerungen des Rates*
 - b) MwSt-Paket
 - = *Fortschrittsbericht*
 - c) Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage
 - = *Orientierungsaussprache*
 - d) Bericht der Gruppe Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)
 - = *Annahme von Schlussfolgerungen des Rates*
 - e) Energiesteuern: Besteuerung von gewerblich genutztem Dieselmotorkraftstoff
 - = *Orientierungsaussprache*

- (ggf.) Statistik

- Sonstiges